zugestellt durch SPÖ Buchkirchen

Ausgabe 3/2026

SPÖ aktiv Buchkirchen

www.buchkirchen.spooe.at

FAKTEN anstatt Behauptungen

Was in Buchkirchen wirklich beschlossen wurde, und wer die Verantwortung dafür trägt.

EDITORIAL

TRANSPARENZ IST KEINE PROVOKATION

Mehrheiten sind demokratisch aber Entscheidungen müssen erklärt werden. Warum die SPÖ weiterhin über Abstimmungen, Projekte und politische Verantwortung informiert.

GEMEINDERAT

100.000 EURO FÜR POLITISCHE FEHLER?

Rechtliche Hinweise ignoriert, Beschlüsse gefasst und danach Gutachten beauftragt: Was Neuplanungsgebiet, Bebauungsplan und Rechtsprüfungen Buchkirchen kosten.

FAKTENCHECK

WENN FAKTEN STÖREN, WIRD GESCHICHTE UMGESCHRIEBEN

27,93 % statt 75 %. Kein angeblich zwei Jahre alter Bebauungsplan-Beschluss. Und 8 von 25 Gebäuden sind nicht „überwiegend viergeschossig“.

POLITISCHE ARBEIT

ANTRÄGE ALLEIN GESTALTEN KEINE GEMEINDE

458 Anträge in 41 Sitzungen: Entscheidend ist nicht die Zahl der Anträge, sondern ob Projekte vorbereitet, finanziert und tatsächlich umgesetzt werden.

INFORMIEREN – ERKLÄREN - GESTALTEN

SPÖ Buchkirchen – Weil Wir bereit sind mehr zu tun!

Politik muß das große Ganze sehen
Transparenz ist keine Provokation

Liebe Buchkirchnerinnen, liebe Buchkirchner!



Politik darf unterschiedliche Meinungen haben. Sie darf auch laut und kontrovers sein. Was sie aber nicht darf: Tatsachen so lange zurechtzubiegen, bis sie zur eigenen politischen Geschichte passen.

Wer die jüngsten Aussendungen der ÖVP Buchkirchen aufmerksam liest und mit Beschlüssen, Zahlen und tatsächlichen Abläufen vergleicht, stößt leider immer wieder auf Darstellungen, die einer Überprüfung **nicht** standhalten. Auf die einzelnen Behauptungen gehen wir in dieser Zeitung ausführlich ein. An dieser Stelle nur so viel: Politische Kritik ist legitim – falsche oder verkürzte Darstellungen werden aber nicht dadurch richtiger, dass man sie oft genug wiederholt.

Gleichzeitig wird unsere Informationsarbeit kritisiert. Unsere Plakate würden angeblich Feindbilder schaffen. Vizebürgermeister Thomas Strasser erklärt in seinem Kommentar - Demokratie bedeute, dass man sich um Mehrheiten bemühen müsse. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Was er allerdings verschweigt: Wer eine Mehrheit hat, trägt auch Verantwortung für seine Entscheidungen und muss diese gegenüber der Bevölkerung erklären können.

Genau daran scheint es derzeit zu scheitern.

Wenn im Gemeinderat ein Geh- und Radweg keine Zustimmung erhält, ein Straßenprojekt verhindert oder die Herstellung von Parkflächen abgelehnt wird, dann darf die Bevölkerung erfahren, wie und warum so entschieden wurde. Gerade wenn bei sinnvollen Infrastrukturprojekten die Finanzierung gesichert ist und keine nachvollziehbaren sachlichen Gegenargumente genannt werden, muss die Frage erlaubt sein: Warum eigentlich dagegen?



Unsere Plakate erfinden keine Abstimmungsergebnisse. Sie informieren darüber.

Die Zeiten einer Politik, in der Entscheidungen möglichst wenig öffentlich diskutiert und politische Verantwortlichkeiten verwischt wurden, sollen in Buchkirchen vorbei sein. Die SPÖ steht für eine andere politische Kultur: informieren, erklären, diskutieren und anschließend entscheiden. Und wenn eine Mehrheit anders entscheidet, dann ist das demokratisch zu akzeptieren – aber ebenso demokratisch ist es, diese Entscheidung öffentlich zu thematisieren.

Besonders bemerkenswert finde ich auch deshalb den Appell der ÖVP, „eigene Befindlichkeiten“ hintanzustellen. Denn gerade Politik darf niemals nach der Frage funktionieren: „Was habe ich persönlich davon?“

Wenn bei einer Freizeitanlage argumentiert wird, die eigenen Kinder würden dort ohnehin nicht spielen, ist genau diese Grenze überschritten. Eine Gemeinde baut einen Spielplatz nicht für die Kinder eines Gemeinderates, einen Gehweg nicht nur für dessen Familie und eine Straße nicht nur für jene, die einem Projekt zugestimmt haben. Wir investieren für Buchkirchen.

Ähnlich irritierend war die sinngemäße Aussage zur geplanten 50-Prozent-Ermäßigung im Rahmen einer Kooperation mit dem Zoo Schmiding: Eltern könnten ja zwei Zigarettenpackerl weniger rauchen. Das mag für manche ein flapsiger Spruch sein. Für uns ist es ein grundlegend falsches Verständnis von Gemeindepolitik. Wir sollten Familien unterstützen, wenn wir es uns leisten können und ihnen nicht erklären, worauf sie privat verzichten sollen.

Transparenz ist eine Verpflichtung

Fehler des Gemeinderates kosten Buchkirchen €100.000



Und genau hier liegt für mich der entscheidende Unterschied zwischen der SPÖ und den restlichen Gemeinderatsparteien: **Politik muss das große Ganze sehen.**

Nicht jede Entscheidung wird jedem persönlich etwas bringen. Der Pensionist braucht vielleicht keinen neuen Spielplatz. Die Familie ohne Auto keinen zusätzlichen Parkplatz. Wer keine Kinder hat, benötigt keine Kinderbetreuung. Und trotzdem finanzieren und gestalten wir all diese Dinge gemeinsam, weil eine Gemeinde eine Gemeinschaft ist.

Natürlich müssen wir über Geld, Prioritäten und die Sinnhaftigkeit von Projekten diskutieren. Aber dann bitte mit Zahlen, Fakten und nachvollziehbaren Argumenten und nicht mit persönlichen Befindlichkeiten oder ständig wechselnden Begründungen.

Die SPÖ wird deshalb auch weiterhin informieren. Über Erfolge genauso wie über Probleme. Über Projekte, die umgesetzt werden, genauso wie über Projekte, für die es keine Mehrheit gibt.

Transparenz ist keine Provokation. Transparenz ist eine Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung.

Wer eine politische Entscheidung trifft, sollte auch die Verantwortung haben, öffentlich dazu zu stehen. Und wer Kritik übt, sollte besonders sorgfältig mit Fakten umgehen.

Denn am Ende geht es nicht darum, wer die schönste Schlagzeile produziert. Es geht darum, Buchkirchen weiterzuentwickeln. Mit Fakten statt Behauptungen, mit Verantwortung statt Ausreden und mit einer Politik, die Entscheidungen nicht versteckt, sondern erklärt.

Ihr Bürgermeister

Nikon Baumgartner

>>>> Alles falsch gemacht? <<<<

<<< Fehler des Gemeinderates kosten Buchkirchen 100 000.- Euro >>>

ÖVP, FPÖ und Grüne sprechen gerne von „wertschätzender und guter Zusammenarbeit“, allerdings nur untereinander. Bei der Wohnbebauung Nord hat diese Zusammenarbeit tatsächlich „bemerkenswert gut funktioniert“:



- **Rechtliche Hinweise wurden ignoriert,**
- **juristische Fachmeinungen beiseitegeschoben**
- **die Zusammenarbeit mit Amt und Behörde wurde bewusst verweigert.**

Gemeinsam wurden Beschlüsse gefasst, um **anschließend** dann ein Gutachten in Auftrag zu geben, um zu klären, was diese Beschlüsse rechtlich überhaupt bedeuten.

Das Ergebnis dieser Politik: eine fehlerhafte Neuplanungsgebietsverordnung, ein verfassungsrechtlich sehr bedenklicher Bebauungsplan und ein zusätzliches Gutachten. **Kosten insgesamt 100 000.- Euro für die Gemeinde.**

Fehler des Gemeinderates kosten Buchkirchen €100.000

zuerst informieren –dann beschließen!

Besonders pikant: Das jüngste umfangreiche Rechtsgutachten wurde von ÖVP, FPÖ und Grünen selbst mehrheitlich im Gemeinderat beschlossen. Und ausgerechnet dieses Gutachten bestätigt in wesentlichen Punkten jene Rechtslage, auf die Bürgermeister und Verwaltung zuvor hingewiesen hatten.

Dieses Grundproblem zieht sich wie ein roter Faden durch die vergangenen Monate: ÖVP, FPÖ und Grüne scheinen politische Mehrheit und rechtliche Zulässigkeit immer wieder miteinander verwechselt zu haben.

Besonders deutlich wird das bei der Neuplanungsgebietsverordnung für Gst. 1547„Steinkellner Gründe“. Die ursprüngliche Verordnung wurde mittels dringlichen Antrag, ohne vorhergehende rechtliche Beratung, ohne Diskussion von ÖVP und FPÖ mehrheitlich beschlossen. Diese Verordnung hatte schon grundsätzlich einen formalen Kundmachungsfehler und wird in allen Gutachten und Stellungnahmen ausdrücklich als rechtswidrig bezeichnet. Noch dazu fehlten ihr ausreichend konkrete inhaltliche Vorgaben, um jene Sperrwirkung zu erreichen, die politisch offenbar erwartet wurde.

Man wollte also mit einem Beschluss ein Bauvorhaben verhindern – beschloss dafür aber ein Instrument, das genau diese Wirkung nicht ausreichend entfalten konnte.

Das ist keine besonders überzeugende Bilanz für jene, die anschließend anderen mangelnde Sorgfalt vorwerfen.

Der Bürgermeister sollte offenbar das reparieren, was von ÖVP und FPÖ nicht rechtssicher beschlossen wurde.

Dann wurde versucht, die Verantwortung beim Bürgermeister abzuladen.

Er hätte Verfahren stoppen sollen. Er hätte anders entscheiden sollen. Er hätte die Nutzungsvereinbarung anders interpretieren sollen.

Nur: Eine Baubehörde entscheidet nicht danach, was ÖVP, FPÖ und Grüne politisch gerne hätten. Sie entscheidet nach dem Gesetz. Es wird auch bestätigt, dass eine privatrechtliche Nutzungsvereinbarung nicht einfach als öffentlich-rechtliches Bauverbot verwendet werden darf. Für 11 Mehrparteienhäuser (203 Wohnungen) bestehen mittlerweile rechtswirksame Baufreistellungen. Diese können weder durch die später geänderte Neuplanungsgebietsverordnung noch durch einen zukünftigen Bebauungsplan beseitigt werden.

Mit anderen Worten: Der Bürgermeister sollte offenbar politisch verhindern, was der Gemeinderat zuvor rechtlich nicht wirksam verhindert hatte.

Das funktioniert in einem Rechtsstaat nicht.

Auch eine angeblich unumstößliche Höchstgrenze von 167 Wohnungen wurde immer wieder als Argument präsentiert!

Die Zahl 167 wird in der Nutzungsvereinbarung als „Eckpunkt“ genannt, im Masterplan steht sogar „ca. 167 Wohneinheiten“. Ob daraus tatsächlich eine verbindliche absolute Höchstgrenze entsteht oder vielleicht auch nur ein Mindesterfordernis, ist keineswegs eindeutig. Eine endgültige Klärung könnte letztlich nur ein Gericht vornehmen, mit entsprechendem Prozess- und Kostenrisiko für die Gemeinde.

Noch interessanter: Von einer starren Gesamtobergrenze von 167 Wohnungen in einem Bebauungsplan wird auch ausdrücklich abgeraten. Weil bereits 203 Wohnungen baufreigestellt sind, könnten dadurch andere Grundstücke faktisch nicht mehr bebaut werden. Das wäre wiederum verfassungsrechtlich problematisch.

Fehler des Gemeinderates kosten Buchkirchen €100.000

zuerst informieren –dann beschließen!

Nach der fehlerhaften Neuplanungsgebietsverordnung wäre das damit schon der nächste rechtlich problematische Beschluss.

<<<<<< 100.000.- Euro für ein politisches „Wir wissen es besser“ >>>>>>

Damit sind wir bei einem Punkt, den ÖVP, FPÖ und Grüne den Bürgerinnen und Bürgern erklären sollten:

Warum mussten für das letzte Gutachten und einer Bebauungsplanung rund 100.000 Euro ausgegeben werden? Warum wurden alle vorher eingeholten Gutachten und rechtlichen Informationen ignoriert?

Es ist legitim, Rechtsfragen durch Experten prüfen zu lassen. Problematisch wird es aber dann, wenn rechtliche Hinweise und Informationen zunächst ignoriert und dann nicht akzeptiert werden, sowie anschließend eine neue Prüfung beauftragt, weil man das gewünschte Ergebnis nicht bekommt.

Das jüngste Gutachten ist dafür besonders aufschlussreich: ÖVP, FPÖ und Grüne haben seine Einholung selbst mehrheitlich beschlossen. Keiner hat gefragt, was das ganze eigentlich kostet.

Nun liegt das Ergebnis auf dem Tisch. Und dieses Ergebnis lässt sich nicht einfach mit einer weiteren Gemeinderatsmehrheit wegstimmen.

Vielleicht einmal zuerst informieren – und dann beschließen!

Von Bürgermeister und Verwaltung wurden Informationen angeboten und rechtliche Zusammenhänge erklärt. Doch zu oft entstand der Eindruck, dass Informationen nur dann willkommen waren, wenn sie die bereits festgelegte politische Meinung bestätigten.

Genau darin liegt das eigentliche Problem.

Eine verantwortungsvolle Gemeindepolitik fragt zuerst:

Was ist rechtlich möglich? Was bewirkt dieser Beschluss? Welche Konsequenzen entstehen für die Gemeinde? Und beschließt danach.

Bei ÖVP, FPÖ und Grünen entstand dagegen wiederholt der Eindruck:

Zuerst beschließen – danach prüfen lassen, warum es nicht funktioniert. Und wenn das Ergebnis nicht gefällt, folgt der nächste Beschluss.

Der größte Fehler war aber ein anderer: Wer Bürgermeister, Verwaltung und Behörden nicht mehr als Partner sieht, sondern als Gegner, isoliert sich selbst von jenem Fachwissen und Informationen, das für rechtssichere Entscheidungen notwendig ist. Genau das ist passiert. Statt gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, setzten ÖVP, FPÖ und Grüne auf Konfrontation, Misstrauen und politische Inszenierung.

Das Ergebnis ist 100 000.- Euro weniger - für Straßenasphaltierungen, Verkehrssicherheit, Grundkauf FF Mistelbach, Unterstützung für Ehrenamt, Funcourt, Pumptrack, Hangwasserschutz, etc.

Verantwortung sieht anders aus!!!!!

Wenn Fakten stören

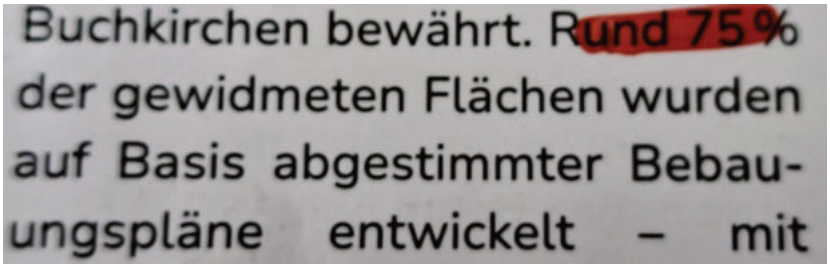
wird Geschichte umgeschrieben

Wenn Fakten stören, wird Geschichte umgeschrieben

Die aktuelle ÖVP-Zeitung zeigt einmal mehr ein bekanntes Muster: Wer keine überzeugenden politischen Erfolge vorweisen kann, versucht mit Halbwahrheiten, falschen Zahlen und unzutreffenden Behauptungen Stimmung zu machen.

Das Problem dabei: Die Fakten sprechen eine andere Sprache.

Aus 28 % werden plötzlich 75 %!



Die ÖVP behauptet, 75 % der gewidmeten Wohnbauflächen in Buchkirchen seien mit Bebauungsplänen entwickelt worden. Tatsächlich sind von 169,7 Hektar Wohnbauland lediglich 47,4 Hektar mit Bebauungsplänen erfasst – das sind 27,93%. Informationsquelle: Bauamt Buchkirchen und Ortsplaner Dipl.-Ing. Kraus. Ein kleiner Rechenfehler ist das nicht. Es ist eine Verdreifachung der tatsächlichen Zahl.

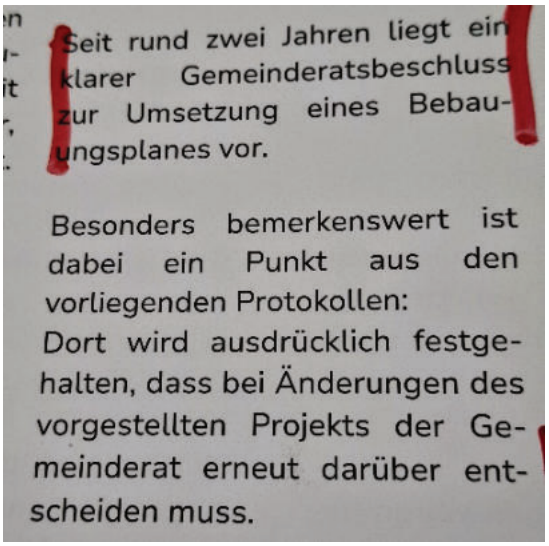
Wer so arbeitet, informiert die Bevölkerung nicht, sondern führt sie in die Irre.

Auch die Darstellung, ein Neuplanungsgebiet müsse zwangsläufig zu einem Bebauungsplan führen, ist falsch. Ein Bebauungsplan kann grundsätzlich auch ohne vorheriges Neuplanungsgebiet erstellt werden. Umgekehrt kann ein Neuplanungsgebiet bestehen, ohne dass innerhalb seiner Laufzeit zwingend ein Bebauungsplan beschlossen wird. Entscheidend sind die gesetzlichen Voraussetzungen und eine ausreichende rechtliche und fachliche Begründung, sowie eine rechtssichere Verordnung. Aus einem politischen Wunsch wird eben noch keine Rechtslage.

Besonders interessant wird es bei der Wohnbebauung Nord. Im ÖVP-Blatt heißt es:

„Seit rund zwei Jahren liegt ein klarer Gemeinderatsbeschluss zur Umsetzung eines Bebauungsplanes vor."

Einen solchen Beschluss gibt es nicht!!!!!



Eigentlich müsste sich dieser Beschluss problemlos in den Gemeinderatsprotokollen finden lassen. In dieser Zeit „vor zwei Jahren" im Frühjahr 2024 wurde in den Gemeinderatssitzungen am 11.4.2024 und 20.6.2024

die Umwidmung Gst.1547 „Steinkellner Gründe" behandelt und beschlossen, nur **ohne** die Einleitung eines Bebauungsplanes.

Ein Bebauungsplan wurde erstmalig im Zusammenhang mit dem Neuplanungsgebiet Gst.1547 im April 2025 thematisiert. Daraus lässt sich jedoch nicht nachträglich ein zwei Jahre alter Gemeinderatsbeschluss zur Erstellung eines Bebauungsplanes machen.

Wenn Fakten stören

wird Geschichte umgeschrieben

Auch der zweite Punkt, ein Protokoll Eintrag, ist interessant. Der erwähnte Eintrag, dass bei Änderungen des vorgestellten Projekts der Gemeinderat („erneut“ steht nicht drinnen) darüber entscheiden muss – das steht wirklich im Protokoll (GR - Sitzung 20.6.2024).

Der Eintrag stammt von Amtsleiter DI Hettich, nur muss man den gesamten Satz lesen, denn nach „Gemeinderat darüber entscheiden“ steht, **da er (Gemeinderat) immer noch das Instrument des Neuplanungsgebiets hat.**

Nun, dass wurde dann auch genutzt, mit dem bekannten Ergebnis.

Wer sich ausdrücklich auf Gemeinderatsbeschlüsse beruft, sollte zwischen einer politischen Diskussion, einer Erwähnung in einem Protokoll und einem tatsächlich gefassten Beschluss unterscheiden können. Und vor allem das gesamte Protokoll lesen.

Wohnbebauung Nord – Fakten werden einfach verdreht

Bei der Wohnbebauung Nord bleibt die ÖVP sowieso ihrer Linie, Unwahrheiten zu produzieren, treu.

Es wird behauptet, Änderungen müsse der Gemeinderat beschließen. Tatsächlich wurde bereits mit der, vom Gemeinderat beschlossenen, Infrastrukturvereinbarung festgelegt, dass Änderungen von der Marktgemeinde Buchkirchen zugestimmt wird, wenn sie den raumordnungspolitischen Grundsätzen entsprechen.

Ebenso wird von einer überwiegend viergeschossigen Bebauung gesprochen.

Die Realität, die derzeitige Planung:

- 8 viergeschossige Gebäude
- 7 dreigeschossige Gebäude
- 10 zweigeschossige Gebäude

Von insgesamt 25 Gebäuden sind also 17 Gebäude zwei- oder dreigeschossig und nur 8 viergeschossig.

Wer dabei von „überwiegend viergeschossig“ spricht, hat ein bemerkenswert flexibles Verhältnis zur Mathematik.

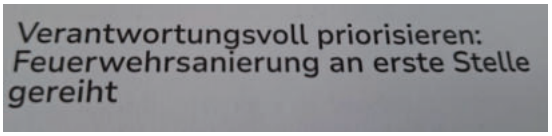
Vielleicht gilt in der ÖVP-Rechnung mittlerweile: 8 ist mehr als 17 – genauso wie 27,93% offenbar 75% ergibt.

Wenn Fakten stören

wird Geschichte umgeschrieben

<u>Auch bei weiteren Gemeinderatsbeschlüssen stimmt die Darstellung nicht.</u>

Die ÖVP behauptet, die Prioritätenliste sei am 21. April 2026 geändert worden.



<u>Richtig ist</u>: Eine Änderung der Prioritätenliste wurde letztmalig in der GR - Sitzung am 12.6. 2025 beschlossen. Im April 2026 erfolgte <u>keine Änderung</u>. Mit dem Nachtragsvoranschlag 2025 am 25.9.2025 und mit dem Voranschlag 2026 in der eingeschobenen GR - Sitzung am 19.12.2025 wurde die Prioritätenliste ohne Veränderungen beschlossen. An erster Stelle steht aber seit damals <u>nicht</u> die Sanierung des Feuerwehrhauses Mistelbach, sondern der Umbau und Erweiterung des Klubgebäudes der Sportunion Buchkirchen – Sektion Tennis.

Projekte, deren Gesamtkosten die Geringfügigkeitsgrenze von € 75.000,00 unterschreiten, gelt als nicht förderwürdig, das heißt, es gibt keine Zuschüsse aus dem Projektfonds.

Investive Einzelvorhaben der Gemeinde

Projektname	Ansparungen bisher [€]	Grobkosten ohne Förderungen [€]	Priorität	HH-Stelle inkl. Seite
Umbau und Erweiterung des Klubgebäudes der Sportunion Buchkirchen – Sektion Tennis	0,00	218.400,00	001/2025	
Feuerwehr Mistelbach Zu- und Umbau	0,00		002/2025	
Errichtung Freizeitanlage	0,00	985.000,00	003/2025	
Friedhofsanierung		75.000,00	004/2027	
Feuerwehr Buchkirchen Neubau	0,00		005/2028	

Offenbar werden inzwischen sogar Gemeinderatsbeschlüsse nachträglich neu interpretiert, wenn sie nicht mehr ins politische Konzept passen.

Denn auch beim Geh- und Radweg stimmt die Geschichte nicht.

Geh- und Radweg Oberhocherenz: Zurückgereiht auf einer Liste, auf der er gar nicht steht!

Besonders kurios ist die Behauptung, der Geh- und Radweg Oberhocherenz sei aufgrund der neuen Schwerpunktsetzung zurückgereiht worden.

Das Projekt steht wegen der Geringfügigkeitsgrenze von unter 75.000 Euro derzeit gar nicht auf dieser Prioritätenliste.

Und aktuell geht es überhaupt erst um den erforderlichen Grundankauf, der zur Gänze über Fördermittel „Straßenbau“ des Landes OÖ finanziert werden könnte.

Ein Projekt aber auf einer Liste „zurückzureihen“, auf der es gar nicht steht, ist eine bemerkenswerte politische Leistung.

Etwas „süffisant“ wird die Sache am Ende des ÖVP-Artikels. Dort fordert man „Verantwortung, Hausverstand, Transparenz, Ehrlichkeit und faire Regeln für alle“.



Dem kann man uneingeschränkt zustimmen.

Nur:

- **Verantwortung** bedeutet aber, Zahlen zu überprüfen, die man veröffentlicht.
- **Hausverstand** bedeutet, Gemeinderatsbeschlüsse und Protokolle zu lesen, bevor man sie zitiert.
- **Transparenz** bedeutet, Vereinbarungen vollständig darzustellen.
- **Ehrlichkeit und faire Regeln** in einer politischen Auseinandersetzung bedeutet, der Bevölkerung keine Behauptungen als Tatsachen zu verkaufen, die einer Überprüfung nicht standhalten.

Die SPÖ Buchkirchen wird weiterhin informieren und auch unterschiedliche politische Standpunkte respektieren. Aber wir werden ebenso weiterhin widersprechen, wenn aus 27,93 % plötzlich 75 % werden, ein nicht vorhandener Beschluss plötzlich seit Jahren existieren soll,

aus 8 von 25 Gebäuden eine „überwiegend viergeschossige Bebauung“ wird und ein Geh- und Radweg auf einer Prioritätenliste angeblich zurückgereiht wird, auf der er gar nicht steht.

<<<< Vor allem aber braucht Buchkirchen klare Fakten statt politischer >>>>

<<<< MÄRCHEN >>>>



Pensionistenverband

Reise nach Mariazell

Am Donnerstag 16. Juli um 6 h morgens machten sich 57 Teilnehmer auf den Weg nach Mariazell. Beim Naturkosmetikhersteller Styx, vor St. Pölten, in Obergrafendorf machten wir Halt. Mit einer Führung durch das Betriebsareal und den Kräutergarten haben wir mehr über die Gründung des Unternehmens, Wirkstoffe und Erzeugung erfahren. Zur Mittagszeit ließen wir uns knusprig gebratene Stelze oder Kasnocken schmecken. Auf der nahen Haltestelle, der elektrifizierten Schmalspurbahn, stiegen wir in die Zuggarnitur Himmelstreppe, mit der wir nach 2 Stunden erholsamer Fahrt Mariazell erreichten. Unser Bus brachte uns ins Zentrum, wo wir zuerst die mächtige Basilika besucht und bestaunt haben, um dann der Hitze wegen ein schattiges Platzerl in einem Kaffee zur Stärkung und Abkühlung aufzusuchen. Durch das niederösterreichische Alpenvorland fahrend, erreichten wir vor Amstetten wieder die Autobahn zur zügigen Heimreise von einem schönen, langen Ausflugstag.

Erste Weiberroas



Nach Dorf an der Pram, zum Kräuterzentrum der Familie Einböck, führte uns am Dienstag 11. August die erste Etappe des Tages. Vom Wohlfühlgeist bis zum Zinnkrautgeist wird die Heilwirkung der Kräuter zu Wundtinktur veredelt. Beim Rundgang gab es dazu sehr gute Erklärungen. Erholsame Mittagsrast wurde dann im schattigen Gastgarten vom GH Mayr in Enzenkirchen gemacht. Von dort war der Weg zu Fuss nicht mehr weit zum Trachtenforum Auzinger, wo edle Mode zu sehen und zu erwerben war. Bei der Betriebsführung gab es einen netten Empfang mit Sekt, Kaffee und Kuchen. Ein gemütlicher Tag, der zu einer Wiederholung angeregt hat.

Nächste Termine:

- Am 15. Oktober besuchen wir die Deixaustellung in Krems. Anschließend ist ein Besuch beim Heurigen Fink in Höbenbach vorgesehen.
- Für 12. November ist eine Genussfahrt mit Wildessen in Helfenberg und Besuch der Lebzelterei Kastner in Bad Leonfelden geplant.

Anträge allein gestalten keine Gemeinde

Wie Gemeindepolitik wirklich funktioniert

Die ÖVP Buchkirchen präsentiert stolz in ihrer Zeitung, wie viele Prozent aller Gemeinderatsanträge von der ÖVP eingebracht wurden. **Offenbar soll die Anzahl der Anträge als Maßstab für politische Leistung dienen.** Nach dieser Logik wäre auch jener Bauarbeiter der erfolgreichste, der die meisten Formulare ausfüllt – unabhängig davon, ob am Ende tatsächlich ein Gebäude entsteht.



Ein Blick auf die tatsächlichen Zahlen zeigt jedoch, wie begrenzt die Aussagekraft solcher Prozentvergleiche ist. In der laufenden Gemeinderatsperiode wurden bisher insgesamt **458 Anträge in 41 Gemeinderatsitzungen** (Stand Juni 2026) eingebracht und behandelt. Bei den Antragstellern entfallen **83 % auf die SPÖ, 15,4 % auf die ÖVP, 0,7 % auf die FPÖ und 0,9 % auf die Grünen.** Die 15 von der ÖVP direkt, ohne Vorberatung, in den Gemeinderat eingebrachten Anträge sind hier inkludiert.

Entscheidend ist jedoch nicht, wer die meisten Anträge einbringt, sondern welchen konkreten Nutzen diese für Buchkirchen haben. Während manche Anträge zur Lösung bestehender Herausforderungen beitragen, haben andere zusätzliche Kosten verursacht und Projekte verzögert. Wer glaubt, politische Arbeit bestehe hauptsächlich darin, möglichst viele Anträge im Gemeinderat einzubringen, zeigt aber vor allem eines:



Ein erstaunlich geringes Verständnis davon, wie Gemeindepolitik tatsächlich funktioniert!

Politische Arbeit beginnt nicht erst im Gemeinderat. Sie umfasst Gespräche mit Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern, Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen sowie Behörden. Dazu zählen Planungsprozesse, Finanzierungsmodelle, Förderabklärungen, Ausschussarbeit und Verhandlungen. Erst am Ende dieses Prozesses steht ein Antrag und ein Beschluss.

Dieses Verständnis fehlte in Buchkirchen über viele Jahre hinweg oder niemand wollte diese Arbeit machen. Bis 2021 war die wirtschaftliche Entwicklung auch deshalb von Stillstand geprägt. Während umliegende Gemeinden Betriebe ansiedelten und ihre Einnahmen steigerten, wurden in Buchkirchen vielfach Projekte verhindert, anstatt daran zu arbeiten um aktiv zu gestalten. Wachstum wurde kritisch gesehen, als nicht notwendig empfunden, obwohl es eine wesentliche Grundlage für die Finanzierung einer Gemeinde darstellt.

Seit 2021 verfolgen Bürgermeister Nikon Baumgartner mit der SPÖ einen anderen Weg. Neue Betriebsansiedlungen, Erweiterungen bestehender Unternehmen, neue Wohnprojekte und Investitionen in die Infrastruktur sind das Ergebnis unserer politischen Arbeit, die lange vor einer Abstimmung beginnt. Steigende Kommunalsteuereinnahmen sowie die Einführung sozialer Infrastrukturbeiträge schaffen heute die finanziellen Voraussetzungen für wichtige Investitionen.



Bei manchen Anträgen stellt sich daher die Frage, ob es wirklich um Lösungen oder vielmehr um politische Schlagzeilen geht.

Da wird beispielsweise ein <u>Bebauungsplan für die Wohnbebauung Nord</u> gefordert – nachdem die Einreichplanung längst genehmigt wurde und laufende Verfahren bestehen. Rechtlicher Nutzen: praktisch keiner. Aber Hauptsache, man kann einen weiteren Antrag in der Statistik verbuchen.

Familien – Wandertag 11. Oktober

Ein anderes Beispiel ist die Forderung nach dem Ankauf von rund 11.500 m² Bauland südlich der Mittelschule. Kosten in Millionenhöhe, keine Finanzierung, keine Vorberatung in den Ausschüssen. Offen bleibt die Frage, wer das bezahlen soll.

Ähnlich verhält es sich mit diversen Anträgen zur Berechnung von Energiepotenzialen, Änderungen von Prioritätenreihungen oder anderen Themen, bei denen oft weder konkrete Projekte noch Umsetzungsstrategien vorliegen. Viel Papier, viele Überschriften - wenig Ergebnis.

Die SPÖ verfolgt einen anderen Ansatz. Projekte werden in den Ausschüssen sorgfältig vorbereitet, fachlich geprüft und erst anschließend dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Nicht ohne Grund leitet die SPÖ vier Ermessensausschüsse, während die ÖVP lediglich, bei gleicher Mandatszahl, einen Ermessensausschuss führt. Dort erfolgt die inhaltliche Arbeit – sachlich, strukturiert und lösungsorientiert.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht Ergebnisse. Sie wollen sichere Wasserversorgung, moderne Feuerwehrhäuser, Arbeitsplätze, leistbaren Wohnraum, Geh- und Radwege und eine finanziell stabile Gemeinde. All das entsteht nicht durch Prozentstatistiken in Parteizeitungen, sondern durch Ideen, Facharbeit, Ausdauer und erfolgreiche Umsetzung.

Anträge können ein Werkzeug sein. Eine Gemeinde gestalten sie noch lange nicht. Wer politische Arbeit auf Antragsstatistiken reduziert, offenbart weniger seinen Fleiß als vielmehr sein mangelndes Verständnis dafür, wie erfolgreiche Gemeindepolitik tatsächlich funktioniert.

Politik ist kein Wettbewerb um die Anzahl von Anträgen. Sie wird daran gemessen, ob Projekte umgesetzt, Fördermittel genutzt und die Gemeinde nachhaltig weiterentwickelt wird.



Winkler fordert mehr Chanceb für Ältere

Bonus–Malus–System gegen Altersarmut



Pressekonferenz zum Thema ArbeitnehmerInnenschutz mit Norbert Höpoltseder, Birgit Gerstorfer, Martin Winkler und Renate Heitz (v.l. nach re.).

Foto: MecGreschi

In Oberösterreich sind viele Menschen von Altersarmut bedroht – besonders Frauen. Im Juni 2026 waren insgesamt 35.974 Menschen arbeitssuchend gemeldet, darunter 17.258 Frauen. Erschreckend: 11.722 Arbeitslose waren mindestens 50 Jahre alt. Bei den Langzeitbeschäftigungslosen war mehr als ein Drittel bereits 55 oder älter.

FRAUEN BESONDERS BETROFFEN

Frauen haben es am Arbeitsmarkt besonders schwer. Nach einer Kündigung finden sie – ebenso wie Beschäftigte über 55 – oft nur schwer wieder einen Job. Die SPÖ setzt sich deshalb für gezielte Maßnahmen ein, um Altersarmut zu verhindern und faire Chancen zu schaffen.

WARUM ALTERSARMUT KEIN ZUFALL IST

Viele ältere Menschen haben jahrzehntelang gearbeitet, Familien versorgt und Angehörige gepflegt. Sie verdienen eine sichere Pension – unabhängig davon, ob sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Verlust eines Jobs darf nicht das Risiko für Altersarmut erhöhen.

UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT NEHMEN

Martin Winkler fordert ein Bonus-Malus-System für Unternehmen in Oberösterreich.

- Betriebe, die Ältere einstellen, weiterbilden und halten, sollen unterstützt werden.
- Unternehmen, deren Älteren-Quote unter dem Branchendurchschnitt liegt und die Dienstverhältnisse beenden, sollen eine erhöhte Abgabe leisten.
- Die Einnahmen fließen in Qualifizierung und Beschäftigungsprojekte für ältere Arbeitsuchende.
- Ziel ist es, verantwortungsvolle Betriebe zu belohnen und jene an den Folgekosten zu beteiligen, die ältere Personen systematisch ausgrenzen.

ERFAHRUNG ZÄHLT - NICHT DAS ALTER

Bei Bewerbungen darf das Alter kein Ausschlusskriterium sein. Die Erfahrung und das Wissen älterer Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Menschen, Frauen wie Männer, die zum Wohlstand unseres Landes beigetragen haben, dürfen mit 55 nicht einfach aussortiert werden. Der Verlust eines Jobs hat gravierende Folgen für Einkommen, Gesundheit und die spätere Pension. „Wer jahrzehntelang gearbeitet, Familien versorgt, Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt hat, soll seine Pension in der Zukunft in Sicherheit verbringen. Der Verlust eines Arbeitsplatzes darf nicht darüber entscheiden, ob ein Mensch seine Pension in Armut verbringen muss“, betont Winkler.

AKTION 55+: VIELVERSPRECHENDES MODELL

Die Aktion 55+ gilt als hoffnungsbringendes arbeitsmarktpolitisches Modell für ältere Langzeitarbeitslose. Sozialministerin Korinna Schumann setzt mit diesem Vorzeigeprojekt ein starkes Zeichen: 50 Millionen Euro sollen jährlich bis zu 6.000 kollektivvertraglich entlohnte Arbeitsplätze für Menschen ab 55 schaffen oder fördern. Landesrat Martin Winkler steht geschlossen hinter dieser Initiative – für mehr soziale Sicherheit und eine Zukunft ohne Altersarmut.

Medieninhaber:

Ing. Wolfgang Ensinger, Zeitungsverantwortlicher SPÖ Buchkirchen, Kreuzlandstraße 18, 4611 Buchkirchen

Herausgeber

Benjamin Obermeier, Ortsparteivorsitzender SPÖ Buchkirchen, Lachgrabenstraße 38, 4611 Buchkirchen

Druck: *onlineprinters.at*

Bildnachweis: *SPOE, SPÖ Buchkirchen, Pixabay*